

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Andreas Otto und Daniela Billig (GRÜNE)**

vom 08. September 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. September 2023)

zum Thema:

**Was unternimmt der Senat zum Erhalt des „Generalshotels“?**

und **Antwort** vom 15. September 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Sep. 2023)

Der Regierende Bürgermeister  
von Berlin  
- Senatskanzlei -

Herrn Abgeordneten Andreas Otto und Frau Abgeordnete Daniela Billig (GRÜNE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16668

vom 08. September 2023

über Was unternimmt der Senat zum Erhalt des „Generalshotels“?

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass der Regierende Bürgermeister den Abriss des „Generalshotels“ auf dem Gelände des Flughafens BER ablehnt?
2. Welche Gründe gibt es für die o.g. Ablehnung?

Zu 1.und 2.:

Der Regierende Bürgermeister hat sich gegenüber der Berliner Zeitung gegen den Abriss des sog „Generalshotels“ auf dem Gelände des Flughafens BER ausgesprochen, zugleich aber darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine persönliche Meinung handele und die Berliner Denkmalschutzbehörde für das Gebäude nicht zuständig sei. Daher könne er lediglich an die Bundesregierung appellieren, die entsprechenden Planungen erneut zu prüfen.

3. Was hat der Senat unternommen, um das historische „Generalshotel“ zu erhalten?
5. Welche Initiativen gegenüber der Bundesregierung, der BIMA sowie den Planungs- und Genehmigungsbehörden im Land Brandenburg hat der Senat zum Erhalt des „Generalshotels“ unternommen?
6. Welche Ansprechpartner bei der Bundesregierung, die für den beabsichtigten Abriss des „Generalshotels“ federführend sind, hat der Senat über die Ablehnung des Abrissvorhabens durch das Land Berlin unterrichtet und welche Antworten dazu liegen seitens der Bundesregierung vor?
7. In welcher Weise arbeitet das Land Berlin mit dem Land Brandenburg, dessen Ministerpräsident sich ebenso für den Erhalt des „Generalshotels“ ausspricht, gemeinsam für einen Stopp des drohenden Abrisses?

Zu 3., 5. bis 7.:

Das Land Berlin hat in der Frage des Abrisses des betreffenden Gebäudes keine direkten politischen Eingriffsmöglichkeiten, zumal ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss besteht, der auf die Errichtung einer neuen Zielinfrastruktur am Standort orientiert ist. Seitens des zuständigen Bundesministeriums der Finanzen wurde in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des MdB Jan Korte vom 5. September 2023 mitgeteilt, dass für die planfestgestellte Flugbetriebsfläche, auf der sich das Generalshotel befindet, „unverändert Abstellpositionen und Rollwege für Luftfahrzeuge vorgesehen“ sind. Aufgrund des Stationierungsbeschlusses zum Umzug der Flugbereitschaft genieße das Vorhaben höchste Priorität.

Gleichwohl ist dem Berliner Senat wichtig, dass Zeugnisse der Baukultur in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, die später in der DDR weitergeführt wurden, erhalten und dokumentiert werden. Dies geschieht bei der Umsetzung öffentlicher Bauvorhaben im Rahmen einer Abwägung aller Interessen und Beratungen. Im Fall des Generalshotels werden zur Wahrung der historischen Zeugnisse im Rahmen der Bestandsdokumentation und der zeithistorischen Forschung Bestandteile der Inneneinrichtung und bedeutende Teile des Denkmals geborgen und auf Möglichkeiten ihrer Aufbewahrung geprüft. Ferner soll das Gebäude vollständig digital dokumentiert werden.

4. Wann hat der Senat den Erhalt des „Generalshotels“ innerhalb der Gremien der Flughafengesellschaft thematisiert und mit welchen Ergebnissen? Wann war das „Generalshotel“ zuletzt Thema in der Gesellschafterversammlung sowie im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft?

Zu 4.:

Der Erhalt des Generalshotels war weder Gegenstand einer Aufsichtsratssitzung noch einer Gesellschaftersitzung der Flughafengesellschaft. Der Abriss war Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens in den Jahren 2010 bis 2011. Dieses Ergebnis ist planungsrechtlich nicht in Abrede gestellt worden.

Berlin, den 15.09.2023

Der Regierende Bürgermeister  
In Vertretung

Florian Graf  
Chef der Senatskanzlei